

Streitkultur: über die Schwierigkeiten der Etablierung einer Friedensstrategie - Thesen

Birckenbach, Hanne-Margret

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Birckenbach, H.-M. (1989). Streitkultur: über die Schwierigkeiten der Etablierung einer Friedensstrategie - Thesen. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 849-851). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145530>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Aller Voraussicht nach wird die Sozial- und Verfassungsverträglichkeitsanalyse nicht nur zu einer formalen Demokratisierung der Sicherheitspolitik führen, sondern sie wird auch zeigen, dass die gegenwärtige nukleare Abschreckungspolitik (im Sinne einer militärisch produzierten Ungewissheit über die Zukunft) den inhaltlichen Kriterien einer gesellschaftlich akzeptablen Sicherheitspolitik nicht genügt. Die Chance für eine neue Sicherheit (im Sinne von gesellschaftlich produzierter Gewissheit über eine dauerhafte Kriegsverhütung) liegt in der Konvergenz von Friedens- und Demokratisierungsstrategie. So eröffnet sich die Perspektive, den ökologischen und lebensweltlichen Unversehrtheitsansprüchen gegenüber den Imperativen des industriellen Wachstums und der militärischen Sicherheit im Sinne einer dynamischen Expansion gesellschaftlicher Demokratie Rechnung zu tragen.

Streitkultur: Über die Schwierigkeiten der Etablierung einer Friedensstrategie - Thesen

Hanne-Margret Birckenbach (Hamburg)

1. Wer den Frieden will, muss nicht nur die Waffen beseitigen, sondern auch alternative Formen der Konfliktaustragung einüben, die den gewaltträchtigen Gefahren von Konflikten wie ihren innovativen Potenzen Rechnung tragen. Dies verlangt, eine Richtungsänderung zahlreicher Prozesse auf den Gebieten von Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft gegen die gegenwärtig dominierenden Politikmuster und deren Widerstände durchzusetzen. Der Konflikt zwischen Friedensstrategien einerseits und herkömmlichen Mustern militärischer Sicherheitspolitik andererseits kann anhand der Reaktionen auf das von SPD und SED gemeinsam erarbeitete Dokument mit dem Titel "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", mit dem im August 1987 eine kommunikative Friedensstrategie unterhalb der Regierungsebene vereinbart wurde, empirisch untersucht werden.

2. Die Reaktionen auf das Dokument waren in beiden deutschen Staaten unterschiedlich, enthielten aber auch ähnliche Muster. Während in der DDR die Akzeptanz umfassend war, dominierten in den bundesdeutschen Pressekommentaren und anderen Veröffentlichungen die abwehrenden Positionen. Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik hat das Dokument auch Prozesse ausgelöst, die den Absichten der Vereinbarungen entgegenliefen. Die Bewertung der Vereinbarungen blieb sowohl in der BRD wie in der von der SED angeleiteten DDR-Debatte im Klischee von gegeneinander gerichteten Machtinteressen rivalisierender Systeme befangen. Statt der geforderten Überwindung von Feindbildern erfolgte ihre Neubelebung. Formal gesehen war die Rhetorik der Feindbilder ähnlich. Dennoch gibt es einen beachtenswerten Unterschied, der zu einer merkwürdigen Allianz gegen die mit dem Dokument beabsichtigte Innovation geführt hat:

Der Gebrauch der Feindbilder diene in der Bundesrepublik zur Entwertung des Dokuments und zur Diskriminierung der Beteiligten. Anders in der veröffentlichten DDR-Debatte: Dort dienten Feindbilder zur Rechtfertigung des Dokuments. Sie halfen, die Vereinbarungen als Instrument der Fortsetzung alter Politik zu begründen. Dieser "Kontinuitätsbeweis" harmoniert verblüffend mit der abwertenden Beurteilung bundesdeutscher Kritiker des Dokuments, bei den Vereinbarungen handele es sich um nichts anderes als eine neue Verpackung der alten SED-Ideologie.

3. Die Analyse der inhaltlichen Einwände, Bedenken und Uminterpretationen, verweist auf die Komplexität des Zusammenspiels von politischen und psychodynamischen Problemen in der asymmetrischen Konfliktstruktur im Ost-West-Konflikt. Zu den schärfsten Einwänden ausserhalb und innerhalb der SPD gehört der Vorwurf, mit den Vereinbarungen werde eine Gleichstellung der beiden Parteien und der beiden Gesellschaftssysteme in Ost und West vorgenommen. Tatsächlich ist die Konfliktstruktur im Ost-West-Konflikt dadurch gekennzeichnet, dass die Konfliktgegner ungleich sind, was ihre innere Verflechtungs- und Herrschaftsordnungen angeht. Diese vordergründig bloss "innere Angelegenheit" strukturiert die Möglichkeiten und Grenzen kommunikativer Friedensstrategien. Die asymmetrische Konfliktstruktur macht die Etablierung von Friedensstrategien im Sinne des streitbaren Dialogs schwierig. Ihre Tragfähigkeit hängt davon ab, welche Wege gefunden werden, mit den bestehenden Asymmetrien umzugehen.

4. Die Asymmetrien sind erstens wirksam im Hinblick darauf, welche Seite für die Konfliktlage als schuldig und unter den Gesichtspunkten kommunikativer Friedensstrategien als Friedensstörer wahrgenommen und wo der Veränderungsbedarf angesiedelt wird.

5. Die Asymmetrien bewirken zweitens, dass kommunikative Friedensstrategien in beiden Systemen ungleiche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stabilität haben. In beiden Gesellschaftssystemen fürchtet man den Verlust von Funktionalität des Unfriedens für die Aufrechterhaltung des Herrschaftssystems. Für die Blockierungen, die davon für Friedensstrategien ausgehen, ist es egal, ob solche Gefahren real bestehen oder nur eingebildet sind. Der Unterschied besteht darin, dass in Osteuropa das gesellschaftliche Interesse an grundlegenden Veränderungen im eigenen System so verbreitet ist, dass es mit den Herrschaftsinteressen tatsächlich ausbalanciert werden muss und man - in Ermangelung der freien Diskussion - nicht wissen kann, inwieweit kapitalistische Modelle wirklich eine Systemalternative sind. Anders die Situation in den westlichen Gesellschaften, die nicht riskieren, auf die Probe gestellt zu werden, weil hier der "schielen-de Blick" auf die andere Seite in relevantem Umfang gar nicht vorhanden ist und weil die offene Diskussion zeigt, dass der real existierende Sozialismus keine Systemalternative ist.

6. Schliesslich verringert die Asymmetrie die Zahl derjenigen, die als soziale Träger für eine kommunikative Friedensstrategie zur Verfügung stehen. Die

angestrebte kommunikative Konfliktbearbeitung ist zunächst auf beiden Seiten ein Elitenkonzept. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass bei der Mehrheit der Bevölkerung das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit dem anderen System wirklich vorhanden ist. Denn auf beiden Seiten bedarf es erheblicher Anstrengungen, die Grenze zwischen Ost und West zu passieren, um politische Erfahrungen zu machen. Gleichzeitig erscheint die Anstrengung denjenigen, die es am leichtesten könnten, den BürgerInnen im Westen, am wenigsten lohnend. Dies hat zur Konsequenz, dass in den westeuropäischen Ländern nur Minderheiten mit ausgeprägten politischen und idealistischen Impulsen und einer vergleichsweise hohen Frustrationstoleranz als soziale Träger für den Ost-West-Dialog bereit stehen. Oft handelt es sich zugleich um Angehörige solcher Gruppen, die innergesellschaftlich eine oppositionelle, randständige Position haben und nur ein geringes Ansehen in Politik und Gesellschaft genießen. Es handelt sich aber auch um Angehörige von Gruppen mit besonders ausgeprägtem demokratischem, gleichzeitig systemkritischem Engagement, die in Osteuropa nur schwerlich Gesprächspartner finden. In Osteuropa dagegen ist der Westkontakt ein Privileg. Für die damit ausgestatteten Gruppen hat das viele Vorteile, für die Entwicklung einer politischen Streitkultur jedoch Nachteile. Die zum Westkontakt Privilegierten stoßen in der Regel auf sehr kritische Gesprächspartner, denen angesichts der politischen Zustände in Osteuropa und der Argumentationsweise der Repräsentanten, auf die sie stoßen, die Veränderungswürdigkeit des westlichen Systems leicht aus dem Blick gerät. Den östlichen Gesprächspartnern geschieht nicht gleiches aber ähnliches. Sie werden leicht in die Situation getrieben, ihr System und ihre Politik verteidigen zu müssen. Beides ist für die Diskussion über Veränderungsmöglichkeiten im Sinne einer Kultur des politischen Streits wenig hilfreich.

Der Dialog mit der systemkritischen Opposition leidet am umgekehrten Vorgang. Hier finden die Diskussionspartner oft wegen der lamentierenden Kritik am eigenen System und der Idealisierung des anderen bei den osteuropäischen Gesprächspartnern und dem Nicht-wahrhaben-wollen der politischen Realitäten aus Unsicherheit in der Unterscheidung zwischen Antikommunismus und Kritik bei den westeuropäischen Gesprächspartnern nicht zueinander.

7. Für die Etablierung einer Streitkultur in der asymmetrischen Struktur des Ost-West-Konflikts kann der interaktive Politik- und Forschungsansatz der kontrollierten Kommunikation (Burton et al., Kelman) genutzt werden. Über ihn hinausgehend sind Lernprozesse sehr breiter Kreise zu initiieren, wobei in Ost und West unterschiedliche "Förderungsprogramme" notwendig sind. Ebenso wie die vor allem von der DDR propagierte "Nichteinmischungs-Regel" keine Zukunft hat, reicht auch die westliche Forderung nach freier Wahl der Kommunikationspartner als Grundlage einer Streitkultur nicht, solange keine Bereitschaft besteht, davon Gebrauch zu machen.